



Öffentlicher Dienst: Arbeitgeberangebot programmiert Reallohnverlust Bsirske kündigt eine Ausweitung der Warnstreiks an

Die zweite Tarifverhandlungsrunde für die 2,14 Millionen Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes des Bundes und der Kommunen in Potsdam ist am Dienstagnachmittag (12.04.) zu Ende gegangen.

5 Ein erstes Angebot der Arbeitgeberseite nannte der Vorsitzende der
Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), **Frank Bsirske**, „dreist
und provokativ“. Das Angebot bedeute jahresbezogen für 2016 ganze
0,6 Prozent und für das nächste Jahr nur 1,2 Prozent. „Die öffentlichen
10 Arbeitgeber setzen trotz beispiellos guter Kassenlage mit einem Über-
schuss der öffentlichen Haushalte von fast 30 Milliarden Euro auf Real-
lohnverluste für die Beschäftigten. Das ist eine Provokation“, erklärte
Bsirske. Man werde „dieses sogenannte Angebot“ in der Mitgliedschaft
diskutieren. „Ich bin sicher, dass die Antwort eine Ausweitung der
15 Warnstreiks sein wird“, sagte der Gewerkschafter. Das Arbeitgeberan-
gebot habe weder etwas mit Wertschätzung noch mit einer Teilhabe der
Beschäftigten an der guten konjunkturellen Entwicklung zu tun.

Den Angriff auf das Leistungsrecht der betrieblichen Altersversorgung
hätten die Arbeitgeber zurück genommen. „Gleichzeitig wollen sie aber
20 einseitig die Beschäftigten zur Kasse bitten“, erklärte der Gewerk-
schaftsvorsitzende. Das komme für die Gewerkschaftsseite nicht in
Frage. „Hier wird den Menschen zugemutet, einseitig Gelder in Versor-
gungskassen der Kommunen zu investieren, während auf der anderen
Seite das Niveau ihrer gesetzlichen Rentenversicherung sinkt“, so
25 Bsirske.

Einzig in der Frage einer neuen Entgeltordnung für die Beschäftigten
waren sich die Tarifvertragsparteien in Potsdam in den zweitägigen
30 Verhandlungen einen großen Schritt näher gekommen.

Die Gewerkschaften fordern sechs Prozent mehr Geld und eine Anhe-
bung der Ausbildungsvergütung um 100 Euro pro Monat. Zudem will
ver.di den Missbrauch der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsver-
trägen abschaffen. „Wir wollen den privaten Konsum stärken und einen
35 attraktiven sowie konkurrenzfähigen öffentlichen Dienst“, sagte Bsirske.
Die Gewerkschaft treibe die Sorge um notwendigen Nachwuchs in vie-
len Berufszweigen um. Zukunftsträchtig sei deshalb die unbefristete
Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener
40 Ausbildung.

Die nächste Verhandlungsrunde wurde für den 28. und 29. April 2016 in
Potsdam vereinbart.

MEDIENINFORMATION

V.i.S.d.P.:

Günter Isemeyer
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
und -1012
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:
pressestelle@verdi.de